

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 3. Juli 1981

Blatt 1750

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet:           Zilk gegen Ankauf der Mirage-Jäger  
(grau)

Kommunal:

(rosa)

Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte  
Rosa Jochmann - Ehrenbürger der Stadt Wien  
Wichtige Baustellen ab 6. Juli  
Abschlußfeier für 200 Lehrlinge

Nur

über FS:           3.7. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....  
Bereits am 2. Juli 1981 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Wiener Gemeinderat: Zilk gegen Ankauf der Mirage-Jäger

=++++

34 Wien, 2.7. (RK-KOMMUNAL) "Einen indirekten Dolchstoß gegen die ohnedies immer schmalbrüstiger werdenden Kulturbudgets von Bund und Ländern", nannte Wiens Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK Donnerstag in der Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates die Entscheidung des Landesverteidigungsrates für den Kauf französischer Abfangjäger des Typs Mirage 50.

Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit einer wirksamen Landesverteidigung zeigte sich Zilk in der Abfangjägerfrage vor allem deshalb besorgt, weil in der gegenwärtigen budgetpolitischen Situation jede Entscheidung für eine weitere Erhöhung des laufenden Militärbudgets wohl nur auf Kosten und zu Lasten anderer wesentlicher Bereiche des Staatshaushaltes, wie Kultur und Wissenschaft, denkbar ist. Zu einem Zeitpunkt, wo in allen Bereichen des öffentlichen Lebens an den Sparwillen appelliert wird, sei diese Empfehlung des Landesverteidigungsrates, die Mehrausgaben in der Höhe von mindestens 8 Milliarden S bedeutet, besonders unverständlich, meinte Zilk.

In diesem Zusammenhang begrüßte Zilk die Äußerungen von Vizekanzler Dr. Sinowatz, Finanzminister Dr. Salcher und einiger Oppositionspolitiker, wonach es verschiedene andere wichtige Aufgaben außer den Abfangjägern gebe und appellierte an die Regierung, bei ihrer Abwägung der Prioritäten auch darauf zu achten, daß der Kulturbereich nicht zum Stiefkind der budgetpolitischen Überlegungen werden darf. Zilks Forderung wurde von zahlreichen Gemeinderäten der SPÖ und der ÖVP mit Beifall aufgenommen. (Schluß)  
red/gg

NNNN



Rosa Jochmann - Ehrenbürger der Stadt Wien

=++++

1 #Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat beschloß Donnerstag einstimmig, Rosa JOCHMANN zum Ehrenbürger der Stadt Wien zu ernennen. Damit ehrt die Stadt Wien eine der bedeutendsten Mitarbeiterinnen in der sozialistischen Bewegung. In der langen Reihe der Ehrenbürger der Stadt Wien ist Rosa Jochmann nach Wissenschaftsminister Dr. Hertha Firnberg die zweite Frau, die mit dieser höchsten Ehrung der Stadt Wien ausgezeichnet wird. #

Rosa Jochmann wurde am 19. Juli 1901 als Kind einer Arbeiterfamilie in Wien geboren. Sie wuchs mit den Eltern und fünf Geschwistern in einer winzigen Wohnung auf, besuchte die Volks- und Bürgerschule und wurde zunächst Hilfsarbeiterin. Bald begann sie sich politisch zu betätigen und wurde zunächst Sekretärin der Gewerkschaft des chemischen Verbandes. 1932 war sie Frauen-Zentralsekretärin der Sozialdemokratischen Partei, 1933 gehört sie bereits dem Parteivorstand an. 1934 war sie mehrere Monate in Polizeihaft in Wiener Neustadt und wurde anschließend vom Landesgericht Wien zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt. 1939 bis 1940 verbrachte sie abermals in Polizeihaft und wurde anschließend bis 1945 im KZ Ravensbrück gefangengehalten.

Nach 1945 widmete sie ihre ganze Kraft der politischen Arbeit. Sie schuf die Opferfürsorge, war Vorsitzende des Frauenzentalkomitees der SPÖ, in welcher Funktion sie unermüdlich für die Gleichberechtigung der Frau kämpfte, war Obmann des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, war 2. Bezirksobmann von Simmering. Vom 19.12.1945 bis 16.5.1967 (5.-11. Gesetzgebungsperiode) war sie SPÖ-Abgeordnete des Wahlkreises Wien Süd-Ost zum Nationalrat. Wegen Erreichung der Altersgrenze legte sie 1967 auf eigenen Wunsch dieses Mandat zurück. Im selben Jahr wurde ihr auch das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen. 1980 erhielt Rosa Jochmann den Renner-Preis der Stadt Wien. (Schluß) gab/sr

NNNN



Wichtige Baustellen ab 6. Juli (1)

Utl.: Friedensbrücke gesperrt - Behinderungen auf der Praterbrücke  
=++++

3 #Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Die Monate Juli und August bedeuten alljährlich Hochsaison für Bauarbeiten auf den Straßen. Auch heuer beginnen am 6. Juli wichtige Bauarbeiten. Der Grund dafür ist einerseits das spürbar geringere Verkehrsaufkommen in der Ferienzeit, andererseits die - hoffentlich - beständige und warme Witterung, die für die rasche Durchführung vor allem von Belagsarbeiten notwendig ist. Die unvermeidlichen Behinderungen sollen durch Koordinierung der verschiedenen Aufgrabungen, durch genaue Festlegung der Baustellenbereiche und eine verschärfte Baustellenkontrolle so gering wie möglich gehalten werden. #

Auf Ersuchen von Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN wird die Polizei in den von Baustellen betroffenen Straßenzügen verstärkt im Einsatz sein, um die Verkehrsabwicklung so flüssig wie möglich zu gestalten. Allerdings ist wegen des Umfangs der unbedingt notwendigen Bauarbeiten vor allem im Bereich des Gürtels, der Praterbrücke und der Friedensbrücke dennoch mit störenden Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen zu rechnen.

Ob es sich um die Erneuerung von Straßenbelägen oder Straßenbahngleisen, um die Verlegung von Gas- oder Wasserrohren, um den Bau eines Kanals oder Erhaltungsarbeiten an einer Brücke handelt - eines haben alle diese Arbeiten gemeinsam: Sie sind leider mit Behinderungen und Belästigungen für die Verkehrsteilnehmer und Anrainer verbunden. Die extrem hohe Belastung vieler Straßenzüge in Wien bringt es mit sich, daß praktisch alle paar Jahre Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten durchgeführt werden müssen, die trotz allen Koordinierungsmaßnahmen Verkehrsbehinderungen bewirken. (Forts.) ger/bs

NNNN



## Wichtige Baustellen ab 6. Juli (2)

=++++

4 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Hier ein Überblick über die voraussichtlich wichtigsten Baustellen des heurigen Sommers, an denen bereits ab der kommenden Woche gearbeitet wird. Am Montag, dem 6. Juli, beginnen auf der PRATERBRÜCKE Erhaltungsarbeiten an den Dehnfugen sowie Belagsarbeiten, sodaß in jeder Fahrtrichtung nur eine Spur zur Verfügung steht. Die Arbeiten dauern bis zum 4. September. Als Ausweichrouten werden vor allem der Handelskai und die Reichsbrücke empfohlen. Wegen Belagsarbeiten wird es auch in der Donaustadtstraße zu erheblichen Behinderungen kommen.

Am GÜRTEL müssen auch heuer wieder Instandsetzungsarbeiten an zahlreichen Betonfeldern durchgeführt werden. Der Schwerpunkt liegt im Bereich des Westgürtels. Ab Mitte Juli kommt es durch Gleisbauarbeiten der Verkehrsbetriebe bei der Jörgerstraße und bei der Kreuzgasse zu zusätzlichen Behinderungen. Baustellen wird es im Sommer auch auf dem Matzleinsdorfer Platz und auf dem Landstraßer Gürtel geben.

Die FRIEDENSBRÜCKE über den Donaukanal muß wegen umfangreicher Reparaturarbeiten ab 6. Juli auf die Dauer von zwei Monaten in beiden Fahrtrichtungen gesperrt werden. Zahlreiche Avisotafeln machen die Autofahrer auf die Sperre aufmerksam, um ein weiträumiges Ausweichen zu ermöglichen.

Wegen dringend notwendiger Belagsarbeiten kommt es ab 6. Juli auch im Bereich HIETZINGER KAI - SCHÖNBRUNNER SCHLOSSTRASSE zu Behinderungen, wobei während der Nacht auch eine vorübergehende Sperre mit lokaler Umleitung notwendig sein wird.

Im Bereich Alser Straße/Landesgerichtsstraße/Universitätsstraße beginnt in der kommenden Woche eine Bauphase, die ab Montag auch eine Sperre der ALSER STRASSE in Richtung stadtauswärts notwendig macht. Die Umleitung erfolgt über Florianigasse und Wickenburggasse. Die Umbauarbeiten werden bis Ende August dauern. (Forts.) ger/bs



## Wichtige Baustellen ab 6. Juli (3)

=++++

5 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Wegen Straßenumbauarbeiten muß die MARGARETENSTRASSE zwischen Heumühlgasse und Straußengasse ab kommenden Montag gesperrt werden. Die Umleitung erfolgt über die Schönbrunner Straße, die während dieser Zeit in beide Richtungen befahren werden kann. Die Arbeiten werden voraussichtlich zehn Wochen dauern. Von der Umleitung ist auch die Autobuslinie "59 A" betroffen.

Ebenfalls am 6. Juli beginnen Gleisbauarbeiten in der WÄHRINGER STRASSE zwischen Gürtel und Nußdorfer Straße, die eine Sperre in Richtung stadtauswärts notwendig machen. Die Umleitung erfolgt über Nußdorfer Straße und Bleichergasse.

In der PRAGER STRASSE werden ab 6. Juli Gleisbauarbeiten im Bereich zwischen Autokaderstraße und "Eisenbahnerberg" eine Fahrbahnverengung bewirken. In Richtung stadtauswärts steht nur eine Fahrspur zur Verfügung, in Richtung stadteinwärts bleiben zwei Fahrspuren aufrecht. Die Arbeiten werden acht Wochen dauern.

Ab Dienstag, dem 7. Juli, kommt es im Bereich des MATZLEINSDORFER PLATZES wegen Arbeiten der Gaswerke zu Behinderungen. Für den Verkehr von der Triester Straße wird eine Umleitung über Wiedner Hauptstraße und Hollgasse eingerichtet. An der Kreuzung Hollgasse/Margaretengürtel wird eine provisorische Verkehrsampel in Betrieb genommen. (Schluß) ger/sr

NNNN



## Abschlußfeier für 200 Lehrlinge

=++++

6 #Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Im Festsaal des Wiener Rathauses fand Freitag die Freisprechung von 200 Bürokaufmannslehrlingen und bautechnischen Zeichnerlehrlingen der Stadt Wien statt. #

Wie Personalstadtrat Franz NEKULA erklärte, stellt die technische Entwicklung große Anforderungen an den Menschen und erfordert ein ständiges Weiterlernen. Für den Gemeindebediensteten bedeutet dies, ein Leben lang zu lernen im Interesse und zum Wohl der 1,5 Millionen Wienerinnen und Wiener. Stadtrat Nekula erläuterte die Möglichkeiten für die im Dienste der Stadt Wien arbeitenden Lehrlinge, an Beispiel von Lehrlingen, die Spitzenpositionen im Magistrat einnehmen. Seit 1964 hat die Stadt Wien 6.500 Lehrlinge ausgebildet. Heuer haben sich wieder mehr als 600 junge Menschen für einen Lehrplatz bei der Stadt Wien angemeldet. 249 davon haben die Prüfung bestanden und wurden zur Aufnahme vorgeschlagen.

Bei der Abschlußfeier waren neben dem Personalstadtrat Landtagspräsident Hubert PFOCH, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Rudolf PÖDER, der ständige Stellvertreter des Magistratsdirektors OSR Dr. Alfred PEISCHL, Mitglieder des Wiener Gemeinderats sowie leitende Beamte der Stadt Wien und Angehörige der Lehrlinge anwesend. (Schluß) en/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

7 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat nahm Freitag unter dem Vorsitz von GR. PÖDER (SPÖ) seine am Vortag unterbrochene Sitzung mit den Beratungen über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1980 wieder auf.

Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) nahm als Berichterstatter die Gelegenheit zum Anlaß, noch einmal seinem Vorgänger Heinz Nittel für seine Arbeit im Dienste unsere Stadt, aus der er auf so grausame Weise gerissen wurde, zu danken.

Der zügige Ausbau des U-Bahn-Netzes, die Beschleunigung der bestehenden öffentlichen Verkehrsmittel, die Schaffung von umweltfreundlichen Entlastungsstraßen zur Ablenkung des Durchzugsverkehrs aus den Wohngebieten sowie die Einführung verkehrsberuhigter Zonen in verschiedener Form sind Schwerpunkte des Verkehrsressorts. Das U-Bahn-Grundnetz wird im Herbst 1982 komplett zur Verfügung stehen. Die anschließende zweite Ausbauphase umfaßt die Linien U 3 und U 6. Entgegen früheren Überlegungen soll mit dem Bau der U 3 im Bereich der Inneren Stadt begonnen werden, so daß als erstes Teilstück die wichtige innerstädtische Verbindung von der Kundmanngasse im 3. Bezirk über Landstraße und Stephansplatz bis zur Bellaria zur Verfügung stehen wird. Der Ausbau der sehr wichtigen Linie U 6 soll forciert betrieben werden. Der Beschleunigung von Straßenbahnlinien kommt vor allem in jenen Gebieten, in denen in den nächsten Jahren noch keine U-Bahn-Linie zur Verfügung stehen wird, größte Bedeutung zu. Zu den Maßnahmen, die die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver machen sollen, gehören auch die Schaffung neuer Verbindungen, die ständige Modernisierung des Wagenparks und der Ausbau des Informationssystems. (Forts.) ger/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

8 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Für heuer ist keine Tarifänderung bei den Verkehrsbetrieben geplant, sagte Hofmann. Längerfristig soll ein Tarifreformplan zur Diskussion gestellt werden, der dem Fahrgast die Benützung so leicht wie möglich macht. Dazu gehört zum Beispiel eine Ausweitung, Vereinfachung und - wenn möglich - zum Teil Verbilligung der Netzkarten. Zugleich müssen aber die Einnahmen der Verkehrsbetriebe der allgemeinen Kostenentwicklung angepaßt werden.

Eines der bedeutendsten Straßenprojekte, das derzeit verwirklicht wird, ist die Donauufer-Autobahn, die in ihrem ersten Abschnitt noch heuer dem Verkehr übergeben werden kann.

Was auf dem Gebiet der Verkehrsberuhigung mit den großen Fußgängerzonen im Süden und im Zentrum Wiens begonnen wurde, soll in verschiedenen Formen, unter weitestgehender Mitsprache der Bevölkerung, verstärkt weitergeführt werden. Die Möglichkeiten reichen von der Wohnstraße nach holländischem Vorbild bis zu Schleifenlösungen wie etwa im 1. Bezirk. Auch Radfahren gewinnt - besonders in der Freizeit - wieder an Bedeutung. Es wird deshalb ein Radwegenetz angestrebt, das möglichst vielen Menschen erlaubt, gleich mit dem Rad in die großen Erholungsgebiete zu fahren.

Auf dem Energiesektor werden die Wiener Stadtwerke alles tun, um die Versorgung unserer Stadt mit Strom und Gas auch in Zukunft zu sichern. Dazu gehört der Ausbau der technischen Einrichtungen ebenso wie vor allem auch die Bemühungen um die Einsparung von Energie, insbesondere auch die Verwertung der anfallenden Abwärme, das heißt, die Einbeziehung der Fernwärme in die energiepolitischen Überlegungen. (Forts.) ger/af

NNNN



Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

9 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Für die wirtschaftliche Entwicklung der E-Werke und der Gaswerke ist in hohem Maße die internationale Energiesituation verantwortlich, betonte Hofmann. Sowohl bei Erdöl als auch bei Erdgas mußten empfindliche Preiserhöhungen verzeichnet werden, die zwangsläufig auch auf das Kostengefüge und auf die Tarife der E-Werke und Gaswerke durchschlagen mußten. Eine Aushöhlung der Unternehmenssubstanz ist gerade bei diesen Unternehmungen, die für unsere Stadt eine lebenserhaltende Funktion besitzen, inakzeptabel.

Zu den Preisverfahren bei den Tariferhöhungen ist festzuhalten, daß eine mehrmalige Preisfestsetzung ausschließlich unter Berücksichtigung der "Brennstofftangente" betriebswirtschaftlich bedenklich ist. E-Werke und Gaswerke werden immer wieder gezwungen sein, Vollkostenrechnungen vorzulegen.

Der Sanierungsbeschluß des Wiener Gemeinderates vom November 1979 hat die bis dahin finanziell notleidenden Verkehrsbetriebe aus ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation befreit, was allerdings nur dadurch möglich war, daß sowohl die Hoheitsverwaltung als auch die Wiener Stadtwerke im eigenen Rahmen jene finanziellen Lasten übernehmen mußten, die aus den Erlösen der Verkehrsbetriebe nicht mehr hätten abgedeckt werden können. Die Verkehrsbetriebe müssen nach wie vor unter dem Gesichtspunkt äußerster Sparsamkeit wirtschaften.

Die Wiener Stadtwerke weisen für das Jahr 1980 einen Verlust von 123,3 Millionen aus, ein Ergebnis das um 823,1 Millionen günstiger liegt als im Vorjahr. Auch gegenüber den Annahmen des Wirtschaftsplanes ergab sich ein wesentlich günstigeres Ergebnis. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital konnte von 24,8 auf 25,7 Prozent verbessert werden. (Forts.) ger/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (4)

Utl: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

10 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Die E-Werke verzeichnen in der Erfolgsrechnung einen Gewinn von 34,2 Millionen Schilling, die Gaswerke einen Gewinn von 27,3 Millionen Schilling. In beiden Fällen waren die Gewinne allerdings zu gering, um im Sinne des Statutes für die Unternehmungen der Stadt Wien die Erhaltung der Wirtschaftssubstanz und die wirtschaftliche und technische Fortentwicklung zu gewährleisten. Der in der Erfolgsrechnung ausgewiesene Verlust der Verkehrsbetriebe belief sich auf 186,6 Millionen. Die Bestattung verzeichneten einen Gewinn von 1,6 Millionen.

Insgesamt investierten die Wiener Stadtwerke im vergangenen Jahr mehr als 2,2 Milliarden, vor allem für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs und für die Sicherung der Energieversorgung.

Bei den E-Werken werden die Vor- und Nachteile möglicher Tarifstrukturänderungen genau zu überlegen sein. In den nächsten Jahren wird der Bau eines neuen Dampfkraftwerkes erforderlich sein. Dabei ist auch die Möglichkeit einer Verfeuerung von Kohle ins Auge zu fassen. Ein weiteres Problem stellt die Fortführung der 380 KV-Leitung dar. Für die Verkehrsbetriebe ergibt sich die Notwendigkeit eines neuen Bahnhofes im Norden von Wien.

Abschließend stellte Hofmann den Antrag, den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1980 sowie die Neufestsetzung der Tarife für Strom und Gas zu genehmigen. (Forts.) ger/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

11 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, er sehe zwar den Zusammenhang zwischen Tarifierhöhungen von Strom und Gas und den Einstandspreisen der Energie ein, doch sei die als "labil" bezeichnete Situation der E-Werke nicht einsichtig, da der Verbraucher ja ohnehin die ständigen Erhöhungen bezahle. Darüber hinaus werden auch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer mit jeder Tarifierhöhung größer. Pawkowicz sagte, er vermisse im Zusammenhang mit der Energiesituation einen Maßnahmenkatalog von Energiesparmaßnahmen. So sollte man bei den Wohnhausanlagen der Stadt Wien und der Genossenschaften von der Pauschalabrechnung der Heizkosten zur Einzelabrechnung übergehen. Auch soziale Begleitmaßnahmen wären notwendig, da viele Bürger schon an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt seien. Die FPÖ könne daher der mechanischen Tarifierhöhung nicht zustimmen. Zur von Verkehrsstadtrat Hofmann angekündigten Änderung des Tarifs der Verkehrsbetriebe sagte Pawkowicz, hier wären eine Seniorennetzkarte und eine Monatsnetzkarte für Schüler ohne Anspruch auf die Schülerstreckenkarte notwendig. Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs müßte durch Fahrzeitverkürzungen und weniger Umsteigzwänge angehoben werden. Das Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahn müßte schneller verwirklicht werden, unter anderem wären hier die Maßnahmen in der unteren Mariahilfer Straße möglichst bald zu treffen. Schließlich wäre auch die Verlängerung der U 1 in die neuen Siedlungsgebiete im Norden und Süden notwendig. (Forts.) gab/af

NNNN



Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

12 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Die Gewinne der E-Werke und der Gaswerke werden als zu gering, der Verlust der Verkehrsbetriebe wird als zu niedrig ausgewiesen, erklärte GR. Ing. KREINER (ÖVP). Durch Zinsen- und Tilgungszahlung für die Wiener Verkehrsbetriebe werden die anderen Teilbetriebe der Wiener Stadtwerke schwer belastet. Würden diese Zahlungen wegfallen, würde der Gewinn der E-Werke statt 630 Millionen 1,3 Milliarden und der Gewinn der Gaswerke statt 106 Millionen 244 Millionen betragen. Dementsprechend würde der Verlust der Verkehrsbetriebe von 1,7 Milliarden auf 2,6 Milliarden ansteigen. Diesen Betrag müßte die Hoheitsverwaltung als Verlustabdeckung übernehmen.

Man sollte daher statt einer Stabilisierung des derzeitigen Zustandes eine echte Sanierung der Wiener Stadtwerke anstreben. Die Hoheitsverwaltung müßte ihre Verlustabdeckung erhöhen.

Ing. Kreiner sprach sich auch gegen die Einstellung der Ringlinien bei Fertigstellung der U 3 aus. Er stellte den ANTRAG, das Straßenbahn- und Autobusnetz im Bereich der U 3 neu zu bearbeiten, Grundbedingungen für die ÖVP ist, daß Ringstraßenbahnlinien erhalten bleiben. (Forts.) sei/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

13 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) "Wenn man den Vorrednern zuhört, könnte man meinen, die städtischen Unternehmungen seien ein marodes Unternehmen, schlecht organisiert und nur darauf aus, der Bevölkerung das Geld aus der Tasche zu ziehen", sagte GR. OBLASSER (SPÖ). Sie erfüllen jedoch ihre öffentlichen Verpflichtungen trotz den Schwierigkeiten in einer Zeit exorbitant steigender Rohstoffpreise. Als Beispiel für eine sparsame Energienutzung nannte er die Kraft-Wärme-Kupplung der Wiener E-Werke, durch die die Handelsbilanz um 170 Millionen Schilling entlastet werden konnte. Mit betriebswirtschaftlichen Kriterien kann bei den Verkehrsbetrieben am wenigsten das Auslangen gefunden werden, sagte Oblasser. Der Sanierungsbeschluß hat jedoch die finanzielle Situation der Stadtwerke wesentlich entspannt - der Rechnungsabschluß zeigt dies deutlich: aus Budgetmitteln der Hoheitsverwaltung wurden 2,2 Milliarden zur Entlastung der Stadtwerke aufgebracht. Die Sozialtarife begründen Mindereinnahmen von 675 Millionen Schilling, dies zeige jedoch deutlich die täglich praktizierte Sozialpolitik in dieser Stadt. Der Behauptung, öffentliche Verkehrsmittel seien unattraktiv, trat Oblasser mit der Feststellung entgegen, daß die Zahl der Beförderungsfälle um 1,7 Millionen zugenommen hat. Er berichtete über den Ausbau von U 1, U 2 und U 4, die Beschleunigung mehrerer Straßenbahnlinien und die Schaffung neuer Strecken - dies bedeute, daß sich die Stadtwerke zu einer Verbesserung des Serviceangebots bekennen. Oblasser schilderte die Erfolge der Kundendienstkommission sozialistischer Gemeinderäte, die Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung sammelt, versucht, Vorschläge zu realisieren und Mißstände abzustellen. "Die Stadtwerke sind ein gesunder Betrieb, der den kommunalen Versorgungsaufgaben nachkommt", sagte Oblasser abschließend. (Forts.) and/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

14 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. HAUBENBURGER (ÖVP) kritisierte, daß in Wien keine Energiepolitik, sondern nur eine Belastungspolitik betrieben wird. Die ÖVP wird den Tariferhöhungen von Gas- und Strompreis nicht zustimmen. Die im Dezember 1980 gegebene Zustimmung der ÖVP zu den damaligen Tariferhöhungen geschah im Vertrauen auf eine bessere Tarifpolitik der SPÖ. Statt der gegebenen Zusagen kam es jedoch abermals zu einem phantasielosen Darauflagen der Kostenerhöhungen auf die Tarife. Die Belastungen treffen die Ärmsten dieser Stadt am härtesten. Bürgermeister Gratz hat eine Überprüfung der Tarife auf ihre Zweckmäßigkeit angekündigt. Geschehen ist nichts. Die ÖVP fordert, daß die Stadt Wien die Kosten für die Sanierung der Gasleitungen übernimmt. Die Gastariferhöhungen wurden seit 1975 immer mit dem Bau der Kugelgasbehälter begründet. Nun sollen diese endlich fertiggestellt werden. Die Strompreiserhöhung sei nicht gerechtfertigt, da die Einnahmen der E-Werke zur Subventionierung der Wiener Verkehrsbetriebe dienen. Die Differenz aus der Mehrwertsteuererhöhung soll für die Schaffung von Ölreserven verwendet werden. Notwendig sei auch die bessere Nutzung des vorhandenen Energieangebotes, wie beispielsweise der Ausbau der Fernwärme. Der Appell an den Energiekonsumenten, zu sparen, soll durch Förderungsmaßnahmen unterstützt werden. Erst wenn die SPÖ ein klares Konzept zur Energiepolitik vorlegt, wird die ÖVP zustimmen. (Forts.) ba/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

15 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) E-Werke und Gaswerke, sagte GR. Maria KUHN (SPÖ), haben die Aufgabe, die Wiener mit der derzeit teuersten und vom Ausland abhängigsten Ware, Energie, zu versorgen. Beide Unternehmungen haben von ihrer Struktur her die Aufgabe, kostendeckend zu arbeiten.

Die Gaswerke mußten 1980 Erdgas um rund 1,5 Milliarden Schilling kaufen, dies bedeutet eine Steigerung um 448,6 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Die Investitionen der Gaswerke beliefen sich 1980 auf 258,6 Millionen, davon wurden 72 Millionen für die Kugelgasbehälter verwendet. 72,6 Kilometer Rohre wurden saniert und 83,5 Kilometer Rohre gewechselt. Von den ursprünglich zu sanierenden 711 Kilometer Gasrohre waren mit Ende 1980 bereits 375 Kilometer erneuert beziehungsweise saniert. Die Störungen und Gebrechen im Hauptrohrnetz haben sich im vergangenen Jahr bereits sehr stark verringert. Der seit 1979 eingesetzte Hausdienst hat sich bestens bewährt und im Vorjahr rund 25.000 Anlagen geprüft. Große Bedeutung für die Sicherheit kommt auch der Arbeit der Installateure zu. Leider müssen auf diesem Gebiet immer wieder Nachlässigkeiten festgestellt werden. So verzeichneten die Gaswerke 1980 bei Dichtheitsprüfungen von Leitungen, die von Fachfirmen verlegt worden waren, 1.274 Beanstandungen.

Das Kabel- und Freileitungsnetz der Wiener E-Werke wurde um fast 400 Kilometer verlängert. Die E-Werke sind ihrer Aufgabe vor allem auch durch den Ausbau der Kraftwärmekupplung, der Abgabe von Fernwärme aus dem Kraftwerk Simmering an die Heizbetriebe, nachgekommen. Durch die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme wurden 1980 18.000 Tonnen Heizöl (53 Millionen Schilling) erspart. Der Fernwärme wird in Zukunft eine hohe Bedeutung zukommen. Es wird in diesem Zusammenhang notwendig sein, die Wiener davon zu überzeugen, daß dort wo mit viel Steuergeld die Fernwärmeleitung vorbeigeführt wird, diese von den Menschen auch angekommen werden muß. (Forts.) ger/sr



Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

=++++

16 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPÖ) sagte, auch die SPÖ habe keine Freude an der Entwicklung der Strom- und Gastarife in der letzten Zeit. Es gäbe jedoch keine andere Lösung und auch die ÖVP könne keine Antwort geben, woher man die Mittel nehmen solle, um die Tarife nicht zu erhöhen. Schließlich verzeichne man ja in Niederösterreich die gleiche Entwicklung wie in Wien und auch Vizebürgermeister Busek habe sich in einem profil-Interview dafür ausgesprochen, über den Preis zum Energiesparen zu motivieren. Man könne die Energieprobleme nicht mit parteipolitischer Demagogie lösen, sagte Hirsch, und aus der Verantwortung für die Energieversorgung heraus müsse er sich für die Regulierung des Gas- und Stromtarifs aussprechen.

Stadtrat HOFMANN nahm in seinem Schlußwort zu mehreren Punkten Stellung, die seine Vorredner aufgeworfen hatten. Zur Frage von GR. PAWKOWICZ, wie er zu der von der SPÖ-Floridsdorf geforderten Straßenquerung der Alten Donau stehe, sagte Hofmann, diese sei nicht ins Verkehrskonzept aufgenommen worden und das sei für ihn bindend. Zur Frage der rückwirkenden Gültigkeit der Erhöhung der Gaspreise sagte Hofmann, es sei verwaltungstechnisch nicht anders möglich gewesen. Das Schlagwort von der finanziellen "Labilität" der E-Werke begründete er damit, daß bereits zweimal die durchgesetzten Tarifierhöhungen weit unter den berechtigten Forderungen zurückgeblieben seien. Hofmann bekannte sich zu allen Maßnahmen, die das Energiesparen fördern und regte an, mit der NEWAG Gespräche über die Abstimmung der Tarife zu führen. Wien allein könne die Tarifstruktur nicht ändern. (Forts.) gab/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke (Schluß)

=++++

17 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Zur Änderung der Tarifstruktur der Verkehrsbetriebe sagte Hofmann, diese werden im Herbst in Angriff genommen. Für das Beschleunigungsprogramm der Straßenbahn sei auch die Zustimmung der Bezirke nötig. Derzeit werden Beschleunigungsmaßnahmen für zehn Linien untersucht. Die Verlängerung bestehender U-Bahn-Linien könnte nur auf Kosten des Ausbaus der U 6 und der U 3 erfolgen. Es sei dies eben eine Frage der Prioritäten. Zur Linienführung der U 3 sagte Hofmann, er warte noch immer auf die endgültige Entscheidung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, ob diese Linie durch die Mariahilfer Straße führen solle. Hofmann nannte die Verwirklichung des Verkehrsverbundes als wesentliches Ziel, dem noch immer Schwierigkeiten mit den Vertragspartnern entgegenstünden. Als ungehörig bezeichnete Hofmann die Aussage von Gr. Haubenburger, bei den Wiener Stadtwerken funktioniere nur die Sargtischlerei. Dies sei eine Beleidigung der 15.000 Bediensteten der Stadtwerke.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Ein Beschlußantrag der ÖVP, die Ringlinien auch nach der Fertigstellung der Innenstadtquerung durch die U 3 weiterzuführen, wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Der Antrag auf Erhöhung der Gaspreise wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Über den Antrag auf Strompreiserhöhung wird später abgestimmt werden. (Forts.) gab/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

18 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) referierte als Vorsitzender des Kontrollausschusses den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes über das Geschäftsjahr 1980. An größeren Mängel zeigt das Kontrollamt eine seit mehreren Jahren andauernde personelle Unterbesetzung bei der MA 35 auf. Dadurch kam es zu Mißständen bei der Aktenerledigung. Das Sozialreferat zahlte zum Teil zu hohe Aushilfen aus. Das Kontrollamt kritisierte auch, daß der angekaufte Zweirichtungswagen "E 6" zu teuer wäre und daß zumindest eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt hätte werden sollen. Arbeiten, die für die Einführung der Kostenrechnung in den Wiener Spitalern durchgeführt wurden, zeigten Ähnlichkeit mit vom Bund finanzierten Arbeiten. Es besteht der Verdacht, daß hier Doppelverrechnungen vorliegen. Beim Bau des Wohnparks Alt Erlaa kam es zu einer Kostensteigerung von 759 Millionen. Die ursprünglichen Kostenschätzung orientierten sich an den Höchstsätzen der Wohnbauförderung 1968. Bei der Firma Odelga wurden Unregelmäßigkeiten bei Reiseabrechnungen eines ehemaligen Geschäftsführers aufgedeckt. Ein 6,3-Millionen-Auftrag wurde weitergegeben, die Odelga kassierte trotzdem 600.000 S. Davon wurden 300.000 S einer Privatperson übergeben. Diese zahlte wiederum davon 240.000 S dem Institut für Krankenhausökonomie. (Forts.) sei/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

19 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.Ing.Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) setzte sich in seinem Beitrag mit dem Wiener Zuwanderfonds, einem Straßenprojekt der MA 28 und dem Wohnpark Alt-Erlaa auseinander. Beim gemeindeeigenen Haus Linzer Straße 466 sei "im Sinne einer flexiblen Abwicklung des Baugeschehens" der Zuwanderfonds betraut worden. Dabei kam es zu einer Provisionszahlung von rund 1,6 Millionen Schilling "an eine Person in der Schweiz". Das Kontrollamt äußerte in diesem Zusammenhang den Verdacht einer strafbaren Handlung, die Stadt Wien habe deshalb eine Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet. Pawkowicz kritisierte, daß die Ausschreibung nicht entsprechend der ÖNORM 2050 erfolgt sei. Der Zuwanderfonds hat die Konsequenzen gezogen und den damaligen Geschäftsführer entlassen.

Weiters zitierte Pawkowicz ein Projekt der Straßenbauabteilung. Statt der veranschlagten 110.000 S wurden mehr als 2,2 Millionen S ausgegeben, die zu einem beträchtlichen Teil auf die Grüngestaltung entfielen. Dies sei ein Beweis dafür, daß bei der Vergabe der Mittel dem Straßenbau - gegenüber dem Umweltschutz - höherer Vorrang eingeräumt werde, denn die Grüngestaltung wäre Aufgabe des Stadtgartenamtes gewesen.

Beim Wohnpark Alt-Erlaa wurde, bedingt durch "desorientierte Planung und desorientierte Kostenschätzung", wesentlich mehr ausgegeben. Es habe zahlreiche Umplanungen geben; das Kontrollamt habe die Kostenüberschreitungen auch auf die Bauzeitverlängerung zurückgeführt. Es seien auch die Ausschreiberegeln nicht beachtet worden. Nun stehe der Baubeginn beim Block C bevor. Die FPÖ will von StR. Hatzl wissen, ob er an eine begleitende Kontrolle denkt. Das Kontrollamt sei der Ansicht gewesen, die GESIBA habe bauwirtschaftliche Anliegen vernachlässigt - wie kann dieses Unternehmen andere Unternehmen effizient kontrollieren? Die FPÖ will, daß kommunale u. gemeinnützige Wohnbauvorhaben von Ziviltechnikern auf ordnungsgemäße Abwicklung kontrolliert werden. (Forts.) and/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

20 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Der Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes verfolge einen dreifachen Zweck, sagte GR. Dr. KRASSER (ÖVP). Die Mängel sollen abgestellt, Wiederholungen vermieden werden und bei Mißständen soll der Schuldige zur Verantwortung gezogen werden. Der Baubeauftragungsvertrag des Zuwandererfonds für die Linzer Straße 466 beweise jedoch, daß bei eklatantem Fehlverhalten die Angst vor einem Disziplinarverfahren unbegründet ist. Gegen den Verantwortlichen, Oberamtsrat Oberhofer, wurde keine Anzeige erstattet, obwohl die Stadt Wien nachweislich geschädigt wurde. Es gibt keine Konsequenzen, wenn der Betroffene offensichtlich von seinen Parteifreunden gedeckt wird. Oberhofer konnte auch während seiner Arbeit in der Stadtbibliothek Ausgaben über rund zwei Millionen nur mangelhaft belegen. Nun versieht er in der MA 70 seinen Dienst als wäre nichts geschehen. Dies ist eine Zumutung für alle korrekten Beamten, sagte Dr. Krasser.

Bemängelt wird auch die Kostenrechnung der MA 17. Es liegt kein Gesamtkonzept für die Anwendung der Kostenrechnung vor. Die Folge sind kurzfristige Maßnahmen und teure Beratungsaufträge. Die Kostenexplosion bei den Krankenhausbetten ist bedrohlich. Jeder dritte Österreicher hat bereits eine Zusatzkrankenversicherung. Ein Krankenbett in einer Innsbrucker Privatklinik ist jedoch wesentlich billiger, als ein Krankenbett im AKH sein wird. Der Gesundheitsstadtrat müsse der bedrohlichen Kostenentwicklung Einhalt gebieten. Um die Effizienz des Kontrollamtsberichtes zu erhöhen, fordert die ÖVP die Einhaltung einer Frist zur Mängelbehebung und eine Berichtspflicht der Abteilung. Krasser kritisierte auch die Rückberufung des Ex-Hochbauchefs Josef Parzer als AKH-Direktor. Dies sei ein neuer ungeheuerlicher Skandal. (Forts.) ba/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

21 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es ein Höchstmaß an Kontrollmöglichkeiten, sagte GR. KNEIDINGER (SPÖ). Die Sitzungen des Kontrollausschusses erfolgen im allgemeinen in einer sachlichen Atmosphäre. Das Recht auf Kontrolle ist aber nicht ein ausschließliches Recht der Opposition, es wird auch von der SPÖ wahrgenommen. Die SPÖ hat kein Interesse daran, Mängel zu verschleiern oder Kontrollen zu verhindern. Eine wirksame Kontrolle führt zu einer besseren Verwaltung. Aufgezeigte Mängel gehören beseitigt, aber auch die gute Leistung der großen Mehrheit der Bediensteten muß gewürdigt werden.

Beim Zuwanderfonds gab es eindeutige Fehlleistungen des damaligen Geschäftsführers Oberhofer. Seitens der Stadt Wien wurde Strafanzeige erstattet.

Das Werk der Firma Rinter ging am 1. Juli in Betrieb. Wir sind überzeugt davon, daß der Betrieb dieser Anlage uns Recht geben wird, sagte Kneidinger.

Der Triebwagen E 6 baut auf seinem Vorläufer E 2 auf. Eine Ausschreibung war deshalb nicht notwendig. Der Wagen wird von einer Wiener Firma erzeugt, dadurch wird auch zur Erhaltung von Wiener Arbeitsplätzen beigetragen.

Durch eine Neuorganisation konnte eine Steigerung der gewerbebehördlichen Überprüfungen erreicht werden.

Der Kontrollamtsbericht stellt fest, daß die geprüften Stellen die Untersuchungen des Kontrollamtes unterstützt haben, daß den Empfehlungen weitgehend entsprochen wurde und Mängel abgestellt wurden. Mit dem Dank an den Kontrollamtsdirektor und seine Mitarbeiter schloß Kneidinger. (Forts.) ger/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Kontrollamtsbericht (Schluß)

=++++

22 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) nahm - um den Gemeinderat zu informieren zu Zeitungsmeldungen über die Rückkehr von Direktor Josef Parzer ins Direktorium der AKPE - Stellung. Mayr sagte, Aufsichtsratpräsident Jörg Kandutsch sei an Parzer herantreten, diese Funktion wieder zu übernehmen, nachdem Dipl.-Ing. Pokieser seinen Vertrag nicht unterzeichnet habe. Am kommenden Montag wird der Aufsichtsrat zum Engagement Stellung nehmen, die endgültige Entscheidung wird beim Gesellschafterausschuß am 20. Juli getroffen. Im übrigen wurde vereinbart, daß alle sechs Wochen ein Gesellschafterausschuß stattfinden soll, wobei es jeweils vorher eine Aufsichtsratssitzung geben wird.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) wies in seinem Schlußwort auf die sachliche Atmosphäre im Kontrollausschuß hin. Zur Frage von GR. Pawkowicz, ob beim Bau des Blockes C im Wohnpark Alt-Erlaa Konsequenzen aus den Erfahrungen beim Bau der Blocks A und B gezogen werden, sagte Hirnschall, diese sei an Stadtrat Veleta zu richten. Ebenso sei die Frage nach den Rationalisierungsmöglichkeiten in den Spitälern von GR. Krasser an Stadtrat Stacher zu richten. GR. Kneidinger (SPÖ) dankte Hirnschall für die Unterstützung der Kontrolle durch die SPÖ. Schließlich sei die Kontrolle nicht nur eine Aufgabe der Opposition. Der Bericht des Kontrollamtes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. (Forts.) gab/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Kultursubventionen

=++++

23 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Drei Subventionen für kulturelle Projekte - die Förderung einer Filmwoche Wiener Regisseure in Frankreich, eine Förderung für einen Verein "Filmladen" und die Förderung des "Vienna Folk Festival" - fanden zwar inhaltlich die Zustimmung aller Fraktionen, über die Bedeckung der Gelder gab es jedoch unterschiedliche Auffassungen (Berichterstatter GR. Dkfm.Dr. AIGNER (SPÖ) und GR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ)). Die Redner GR. Mag. KAUER (ÖVP), GR. SCHNEIDER (ÖVP) und GR. PROHASKA (ÖVP) forderten in Abänderungsanträgen nicht die Bedeckung aus dem Kulturschilling, sondern aus dem allgemeinen Kulturbudget.

ABSTIMMUNG: Die Abänderungsanträge wurden abgelehnt, die Anträge in der ursprünglichen Form angenommen. (Forts.) sei/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Flächenwidmungsplan Flötzersteig

=++++

24 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für ein Gebiet im Bereich des Flötzersteiges als Teilmaßnahme für den Ausbau der Flötzersteigstraße.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) vertrat die Ansicht, eine ursprünglich beabsichtigte Abfahrt in die Rosentalstraße sei zugunsten dort wohnender SPÖ-Politiker fallengelassen worden. Er zitierte Prof. Knoflacher, der beim Flötzersteig von "schweren Planungsmängeln" gesprochen habe.

Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) bezeichnete die Unterstellung, daß die Abfahrt wegen Mandataren gestrichen worden sei, als ungeheuerlich und wies sie mit allem Nachdruck zurück. Der Grund ist vielmehr, daß die Rosentalstraße zum Dehnpark führt und deshalb vom Autoverkehr freigehalten werden soll.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) sprach von einer Manipulation bei der Interpretation der Volksbefragungsergebnisse über den Flötzersteig. Er fragte, was mit den bereits erfolgten Grundfreimachungen geschehe, wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung negativ ausfalle. Die Verkehrszählung für den Flötzersteig sei an einem Tag durchgeführt worden, an dem zwei Spiele im Weststadion stattfanden. Er kam sodann auf das Wohnbauprojekt für die Steinhofgründe zu sprechen und vertrat die Ansicht, es bestünden "listigpolitische Überlegungen".  
(Forts.) and/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Flächenwidmungsplan Flötzersteig

=++++

25 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) wies darauf hin, daß der Flötzersteigausbau in der vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption enthalten ist. Die Hietzinger ÖVP habe 1979 kritisiert, daß der Flötzersteigausbau noch nicht realisiert wurde, weil er den Umleitungsverkehr vom Kai übernehmen hätte können. Sie beleuchtete die derzeitigen Verkehrsprobleme in Penzing und wies darauf hin, daß in Spitzenzeiten im Bereich des Flötzersteigs Schleichwege von mehr als 2.000 Fahrzeugen stündlich frequentiert werden. Das Ergebnis der Volksbefragung habe die Legatimation gegeben, das Projekt voranzutreiben.

Christine Schirmer wies darauf hin, daß die "Steinhofgründe" nicht zum Wald- und Wiesengürtel gehören. "Wir würden uns sehr wünschen, daß die Niederösterreicher den Wald- und Wiesengürtel auf der anderen Seite ebenso schützen wie wir", sagte Schirmer. Der Bevölkerung werde auf den Steinhofgründen mehr Grün gegeben werden, weil die Mauer, die dieses Gebiet bisher umschlossen hat, nun geöffnet werden soll. Jene, die gegen die Bebauung sind, sind sicher nicht die gleichen Menschen, die dort eine Wohnung wollen.

GR. BROSCHE (SPÖ) sagte abschließend, daß der Außenring notwendig sei, daß jedoch der Großteil des Verkehrs nicht um Wien herum, sondern ins Stadtgebiet führe. Dies müsse man berücksichtigen. Es müssen auch bereits Planungen vorliegen, wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv ist.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Flächenwidmungsplan Liesing

=++++

26 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im 23. Bezirk zwischen der Breitenfurter Straße und der Dirmhirngasse beantragte GR. BROSCHE (SPÖ).

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte, daß das Geschäftsstück nicht entscheidungsreif sei, und verlangte die Absetzung. Ziel der neuen Flächenwidmung ist eine Verkehrsorganisation im Zuge der Atzgersdorfer Straße-Dirmhirngasse. Der Verkehrsexperte im Fachbeirat für Stadtplanung, Prof. Knoflacher, habe darauf hingewiesen, daß eine fundierte verkehrstechnische Beurteilung derzeit nicht möglich sei, und forderte zusätzliche Unterlagen. Auch die Bezirksvertretung im 23. Bezirk hat eine Studie über die Verkehrsverbindung zwischen dem Zentrum Liesing und der Atzgersdorfer Straße beantragt. Die Arbeiterkammer Wien nahm gegen die Aufweitung der Dirmhirngasse Stellung.

Auch GR. Dr. Mayr (ÖVP) stellte fest, daß zur Verkehrsorganisation Atzgersdorfer Straße-Dirmhirngasse einige Fragen offen blieben. Die Stadtplanungsabteilung sei ebenfalls der Meinung, daß eine Studie notwendig ist. Bedauerlicherweise fehlen die finanziellen Mittel. Als Randbezirk hat Liesing naturgemäß mit Verkehrsproblemen zu kämpfen. Dazu kommen noch das neu aufgeschlossene Betriebsbaugelände auf den Draschegründen und die stark bevölkerten Umlandgemeinden. Es fehlen Querverbindungen der öffentlichen Verkehrsmittel. Aus allen diesen Gründen ist das Aufkommen des Individualverkehrs besonders groß.

GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ) wies darauf hin, daß die Liesinger Bezirksvertretung der Flächenwidmungsänderung einstimmig zugestimmt hat. Die von den sozialistischen Bezirksräten geforderte Verkehrsstudie wird in Kürze beauftragt. Eine endgültige Verkehrsregelung für Liesing könne erst dann zustande kommen, wenn das Verkehrskonzept vom gesamten südlichen Raum vorliegt. (Forts.)  
ba/bs



Wiener Gemeinderat (21)  
Utl.: Flächenwidmungsplan Liesing

=++++

27 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort empfahl GR. Brosch den Antrag nicht zurückzustellen. Durch die vorliegende Umwidmung werden wesentliche Detailprobleme, wie Parkplätze beim Höpflerbad, geregelt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Grundstücksverkauf

=++++

28 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPÖ) beantragte den Verkauf einer etwa 3.000 Quadratmeter großen Liegenschaft in Döbling.

Das Grundstück in Wien 19, Hohe Warte 5, liegt in einer der schönsten Wohngegenden Wiens, sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Die von Theophil Hansen errichtete Villa steht unter Denkmalschutz. Der Verkaufspreis von drei Millionen Schilling ist außerordentlich niedrig, kritisierte Hirnschall.

Es stellt ein besonderes Entgegenkommen dar, zumal es auch höhere Angebote gab. Der Wert des Grundstückes wurde schon vor einigen Jahren auf fünf bis sechs Millionen Schilling geschätzt. Nunmehr soll in dem Haus ein Ärztezentrum geschaffen werden. Dieses Argument für ein Entgegenkommen könnte überzeugend sein, würde es sich um eine kassenärztliche Gruppenpraxis handeln. Bei einem Ärztezentrum für Privatpatienten besteht jedoch kein Anlaß für ein finanzielles Entgegenkommen. Die FPÖ wird dem Verkauf nicht zustimmen, weil sie der Meinung ist, daß ein Käufer zu finden gewesen wäre, der zur Zahlung eines angemessenen Preises bereit gewesen wäre.

Es ist nicht anzunehmen, daß das geplante Ärztezentrum einem sozialen Bedürfnis entspricht, sagte GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Sie äußerte die Vermutung, daß hier eine private Nobel-Abtreibungsklinik entsteht. Wir lehnen den Verkauf ab, sagte Hampel-Fuchs, weil der Billigstbieter den Zuschlag erhält.

GR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) wies darauf hin, daß sich die Villa in keinem guten Zustand befindet. Das unter Denkmalschutz stehende Haus soll erhalten werden, die hohen Erhaltungskosten schreckten viele Bewerber ab. Wir sind froh, sagte Smejkal, daß dieses Haus nun jemand bekommen soll, der eine zusätzliche ärztliche Einrichtung schafft. Aus dem Akt geht nicht hervor, daß hier eine Abtreibungsklinik geplant sei, im Gegenteil, einen Schwerpunkt soll die Beratung kinderloser Ehepaare bilden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.)  
ger/gg



Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Wettbewerb Donaustadt

=++++

29 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbs für einen Teilbereich des 22. Wiener Gemeindebezirkes rund um das Zentrum Kagran.

GR. DALLER (ÖVP) sagte, auch die ÖVP sei für diesen Wettbewerb, sie sei jedoch der Auffassung, daß man im 22. Bezirk mehr tertiäre Arbeitsplätze, also Büroarbeitsplätze, schaffen müsse, um ein gesundes Verhältnis zwischen Wohnplätzen und Arbeitsplätzen im Bezirk zu erreichen.

Ferner sollte bei dem Wettbewerb mehr Rücksicht auf gewerblich und gärtnerisch genützte Gebiete genommen werden, und auf den Bau überdimensionierter Wohnanlagen verzichtet werden.

GR. FREINBERGER (SPÖ) sagte, dieser Wettbewerb sei ein Beweis, wie ernst die Sozialisten zukunftsweisende Stadtplanung nehmen. Zu den von Daller kritisierten Punkten sagte er, daß die Kritik nicht zutreffe. Es würden keine Betriebe abgesiedelt, die bestehenden Strukturen würden gewahrt bleiben.

In seinem Schlußwort beantragte GR. BROSCHE abermals die Zustimmung zur Ausschreibung des Wettbewerbes.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.) gab/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Kläranlage

=++++

30 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Zum Tagesordnungspunkt "Gewährung einer Subvention zur Errichtung eines Eisstadions am Notnagel-Platz in Favoriten", wurden die zwei vorliegenden Wortmeldungen zurückgezogen. Der Tagesordnungspunkt wurde daher ohne Berichterstattung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

GR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, den Magistrat zu ermächtigen, mit den Entsorgungsbetrieben Simmering einen Pachtvertrag für die EBS-Anlagen abzuschließen. Dadurch sollen die Hauptkläranlage und die Anlagen der EBS unter die einheitliche Führung der MA 30 gebracht werden.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß die Konditionen dieses Pachtvertrages nicht bekannt sind. Die FPÖ ist daher nicht in der Lage, einem so unbestimmten Pachtvertrag zuzustimmen. Man hätte von Anfang an die komplette Anlage unter eine einheitliche Führung stellen sollen. Hirnschall kritisierte auch, daß die Anteile der privaten Mitgesellschafter der EBS zu einem zu hohen Preis eingelöst wurden.

Der Wirkungsgrad der Hauptkläranlage liegt nicht bei 84 Prozent, sondern bei 50 Prozent. Damit wird der vorgeschriebene Wert von 70 Prozent weit unterschritten, erklärte GR. DDr. STRUNZ (ÖVP). Täglich werden 70 bis 80 Tonnen unzulässiger Feststoffe in den Donaukanal eingeleitet. Und die Kläranlage stinkt noch immer - was besonders für die Anrainer lästig ist.

Es wäre wichtig, daß die Kläranlage funktioniert. Derzeit steht nur eines fest: Sie ist funktionsuntüchtig. Nach einem Jahr Probetrieb ist sie bereits sanierungsbedürftig, sie erzeugt üble Gerüche und schlechte Abwässer. Im Umkreis von 250 Metern besteht durch den Keimflug ein Infektionsrisiko. Wann wird saniert und was wird es kosten, darauf sollte man bald eine Antwort geben. (Forts.)  
sei/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Kläranlage

=++++

31 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Für ihn stehe nicht fest, worauf die Gebrauchsbelästigung zurückzuführen ist, auf die Kläranlage oder die EBS. Er halte es für absolut richtig, daß Stadtrat Veleta gemeinsam mit der Holding die Schweden nach Wien geholt hat, um Lösungsmöglichkeiten für die Probleme zu erarbeiten, sagte GR. SALLABERGER (SPÖ). Wenn der Planer der Kläranlage bereits 1974 gesagt habe, "das kann nicht funktionieren", warum hat er dann die Planungen weitergeführt und das Honorar kassiert? Sallaberger verwies auf ausländische Beispiele, bei denen es ebenfalls in der Anlaufphase Schwierigkeiten gibt beziehungsweise gegeben hat. Bei einem Verkauf der EBS wären hohe Beträge zu zahlen gewesen. Die Übertragung der Eigentumsrechte hätte auch Einfluß auf die Gewährleistung der Firma Inor gehabt. Es sei wichtig, daß der gesamte Betrieb künftig unter einer Leitung stehe, daß festgestellt werde, wo die Probleme tatsächlich liegen, weiters soweit zu kommen, daß die Geräte der Firma Inor abgenommen werden können, zu prüfen, ob Chemikalien beigefügt werden müssen und die Anlage einige Zeit zu führen, um den besten und günstigsten Weg zu finden. Es sei nicht zweckmäßig, Horrormeldungen in die Welt zu setzen sondern vielmehr notwendig zusammenzuarbeiten. (Forts.) and/sr

NNNN



Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Kläranlage

=++++

32 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Es sei eine Tatsache, daß die Kläranlage derzeit nicht funktioniert, sagte GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Es scheine möglich, daß durch die lange Planungs- und Bauzeit das System nicht mehr dem letzten Stand entspricht. Daß es auch bei ausländischen Anlagen Schwierigkeiten gibt, werde auch dort ein Skandal sein, könne uns aber nicht trösten. Es konnte auch nicht erreicht werden, daß die Donau endlich blau wird. Vor einer vertraglichen Neukonstruktion muß geklärt werden: Wird das System der Frischschlammverbrennung auch in Zukunft der Weg sein, nach dem wir arbeiten können? Statt der versprochenen Überschußenergie muß derzeit zusätzlich Primärenergie zugeführt werden. Da das schwedische Gutachten noch nicht vorliegt, sei nicht sicher, ob das System überhaupt betreibbar sei. Hinsichtlich der einheitlichen Führung bestehen keine unterschiedlichen Auffassungen, aber bis heute sei nicht bekannt, wer ein Funktionieren der Anlage zustandebringen wird.

Der Pachtvertrag enthalte keine Beschreibung des Bestandes, die EBS hafte für nichts, nicht einmal für die Beschaffenheit der Anlage, und auf die Übernahme vom Generalunternehmer habe die Stadt Wien keinen Einfluß. Die Stadt Wien müsse für 20 Jahre einen Bestandzins von 140 Millionen plus notwendigen Nebenkosten zahlen, ohne vorher aussteigen zu können, während die EBS den Vertrag mit einer Kündigungsfrist von drei Jahren auflösen könne. Auch auf die Personalbeistellung kann die Stadt Wien keinen Einfluß nehmen. Die Konditionen seien "abenteuerlich", und die ÖVP werde keinen Blankoscheck leisten, der Wien auf 20 Jahre bindet. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Kläranlage

=++++

33 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat VELETA (SPÖ) stellte zu den Kosten von drei Milliarden fest, daß davon nur 800 Millionen auf die Kläranlage selbst, der Rest auf Düker, linken Donausammler usw. entfallen. Als 1968 der Grundsatzbeschuß über die Hauptkläranlage gefaßt wurde, war auch GR. DDr. Strunz dafür. Das gilt auch für den Standort. Daß die Kläranlage nicht ordnungsgemäß funktioniere, liege am Systemkreislauf Abwasserreinigung-Schlammabeseitigung. Dieser Kreislauf müsse untersucht werden. Der Vertrag, der nun geschlossen werden soll, ist wichtig für eine einheitliche Führung des Kreislaufs. Auch ausländische Erfahrungen zeigen, daß sich dieser Kreislauf einspielen muß. Aus den Gutachten von Prof. Bischofsberger, MA 39 und MA 22, sollen die schwedischen Firmen ein technisches Programm erarbeiten, die bisherigen Ergebnisse auswerten, ein detailliertes Programm für Proben und Analysen erarbeiten, Vorschläge für die Betriebsumstellung erstellen, die Betriebsumstellung durchführen, die Ergebnisse auswerten und einen Bericht über die Auswirkungen der Betriebsumstellung erstellen. Die Erstellung des Gutachtens verzögerte sich aufgrund einer verspäteten wasserrechtlichen Genehmigung, es wird jedoch im Juli vorliegen. Die Kosten lassen sich erst dann erfassen, wenn das Gutachten vorliegt und Maßnahmen festgestellt sind. Die Kläranlage reinigt nach einer Bestätigung des hygienisch-bakteriologischen Instituts zu 70 Prozent und mehr. Daß dieses Ergebnis in letzter Zeit nicht erreicht wurde, liegt an den Untersuchungen der Schweden. Die Voraussetzung für den Vertrag war, die EBS zu einem reinen Holdingbetrieb zu machen. Als Betrieb der Stadt Wien es es möglich, gemeinsam die Probleme zu lösen. Der Bestandsvertrag ermöglicht eine einheitliche Führung. "Manager" werde ein tüchtiger Mitarbeiter der MA 30 sein.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (28)

=++++

34 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Anschließend wurden eine Reihe von Geschäftsstücke aus formalen Gründen referiert und ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zwtl.: Subvention für Arena

GR. STRANGEL (SPÖ) beantragte die Förderung für den Verein "Forum Wien Arena" für das Jahr 1981 bis zu 3,7 Millionen. Bis zu 2,5 Millionen werden dem Verein für die Sanierung des zur Nutzung überlassenen Geländes gewährt, bis zu 1,2 Millionen dienen der Unterstützung der laufenden Veranstaltungsaktivitäten.

GR. KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß dem Forum Arena offensichtlich jeder Bezug zur Sparsamkeit fehlt. Es sei nicht notwendig, daß eine Fotokamera um 22.000 Schilling erstanden wird. Auch die Lohnnebenkosten erscheinen überhöht. Mit dem Sanierungsvorhaben in dieser Höhe sei ein Jugendverein sicherlich überfordert. Für 3,7 Millionen an Subvention müssen 338 Arbeitnehmer ein ganzes Jahr lang Lohnsteuer zahlen.

Der Arena werden Konzessionen wie keinem anderen Jugendverein gemacht, stellte GR. PROCHASKA (ÖVP) fest. Der Verein erbrachte keine ordentlichen Nachweis über die Tätigkeit. Die Subvention dient offensichtlich den aus Heimen entsprungenen Zöglingen. Wenn das Vereinskonto "Links ist in" heißt, funktioniert es mit der Förderung. Das Kontrollamt hat nur die Förderung für die auflaufenden Betriebskosten empfohlen. Bevor in der Arena Steuerschillinge verpulvert werden, sollte die Rechtslage für den Verbleib des Vereines geklärt werden. Was in der Arena geplant ist, können auch andere Vereine mit einer weitaus geringeren Subvention leisten.  
(Forts.) ba/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Subvention

=++++

35 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) bekannte sich zur Jugendpolitik in dieser Stadt. Die Jugend habe ein Recht darauf, neue Vorstellungen zu entwickeln. Dies setzt einen Akt des Verstehens bei den Älteren voraus. Wien wird keinen "Züricher-Weg", aber auch keinen "Berliner-Weg" gehen. Im ÖVP-Pressedienst wurden Eigeninitiativen und ein Freiraum für die Jugend gefordert. Die Wiener ÖVP spricht sich dagegen aus. Sie verschweigt jedoch die Verwüstungen im ÖVP-geführten Jugendzentrum Metropol. Die Arena und das Amerlinghaus ersparen der Stadt sehr viele Probleme. Die Verwendung der Subvention wird genau überprüft.

In seinem Schlußwort wies GR. Strangel darauf hin, daß die baulichen Instandsetzungen nicht von den Jugendlichen selbst, sondern vom Magistrat durchgeführt werden. Es wurde nur etwa die Hälfte der ursprünglich gewünschten Subvention gewährt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ba/sr

NNNN



3. Juli 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1786

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Restliche Tagesordnung

=++++

36 Wien, 3.7. (RK-KOMMUNAL) Anschließend wurde wieder eine Reihe von Anträgen aus formalen Gründen referiert und - mit Ausnahme der Strompreiserhöhung, die nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen wurde - einstimmig angenommen.

In einem kurzen Schlußwort sagte der Vorsitzende, GR. MAYRHOFER (SPÖ), daß die Beratungen über den Rechnungsabschluß gezeigt haben, daß auch im vergangenen Jahr in Wien sehr wesentliche Akzente zur Verbesserung der Lebensqualität gesetzt werden konnten.

Die Sitzung wurde um 17.18 Uhr geschlossen. (Schluß) ger/gg

Freitag, 3. Juli 1981 -- Ende des Sitzungsberichtes --

NNNN